

Anlieger sollen Straßen selbst reinigen dürfen

Bei dem CDU-Entwurf zur Änderung des Straßenreinigungsgesetzes zeichnet sich in einem wichtigen Punkt eine Einigung ab: Künftig sollen die Gemeinden die Reinigung der Fahrbahnen den Anliegern übertragen können, „soweit dies unter Berücksichtigung der Verkehrsverhältnisse zumutbar ist“. Nach dem bisherigen Gesetz ist dies nur möglich, wenn die Straße ganz überwiegend der Erschließung der Grundstücke dient und die Reinigung durch die Gemeinde einen unverhältnismäßig hohen technischen oder finanziellen Aufwand erfordert. Die Novelle soll am 9. November abschließend im Ausschuß für Kommunalpolitik, Wohnungs- und Städtebau beraten werden. In der Sitzung am 31. Oktober nahm der Ausschuß weiter eine Einführung in den Wohnungs- und Städtebausetat 1980 durch Staatssekretär Brodeßer entgegen, der sich eine grundsätzliche Aussprache anschloß. In diesem Zusammenhang wurden Vertreter des Städtetages Nordrhein-Westfalen zur Frage der Situation und der Erfahrungen der Städte hinsichtlich der Wohnungsbauförderung angehört. Dabei wurde Kritik an der Kompliziertheit der Modernisierungsbestimmungen mit ihren unterschiedlichen Programmen laut.

Farthmann-Etat . . .

Fortsetzung von Seite 5

Nach den Worten des Ministers steht die Veröffentlichung des Krankenhausbedarfsplans unmittelbar bevor. Von der Herausgabe des Plans, der für jedes einzelne Krankenhaus von existentieller Bedeutung sei, erhoffe er sich, daß „die im Interesse der Krankenhausträger, der im Krankenhaus Beschäftigten und vor allem der Patienten so dringend benötigte Beruhigung eintritt“. Der Minister bedauerte, daß die Haushaltslage des Landes eine an sich notwendige Anhebung der Fördermittel für Krankenhäuser nicht zulasse. Die Zuschüsse für Investitionen der kommunalen und freien gemeinnützigen Krankenhäuser sollen im nächsten Jahr unverändert 496 Millionen DM betragen. Noch 1979 werde mit den Ersatzneubauten in Minden-Lübbecke und Bielefeld begonnen, Anfang 1980 in Bocholt, Gummersbach, Lüdenscheid und Recklinghausen.

Das Kurortförderungsprogramm verspricht, so Farthmann, erfolgreich zu wirken. 1980 sollen 28,6 Millionen DM (in diesem Jahre waren es 19,8 Millionen DM) und Verpflichtungsermächtigungen von 65,7 Millionen DM bereitgestellt werden. Der Stellenplan des Farthmann-Ressorts soll im kommenden Jahr um 148 Stellen aufgestockt werden. Bei zur Zeit 8528 Stellen entspricht dies einem Zuwachs von 1,7 Prozent. Die Mehrstellen sind für das Ministerium, die Gewerbeaufsicht (allein 85), die Landesanstalt für Immissionsschutz, die Arbeitsgerichte, das Landessozialgericht, das Sozialpädagogische Institut für Kleinkind- und außerschulische Erziehung und für das Durchgangswohnheim Massen bestimmt.

Porträt der Woche



Julius Drescher (SPD)

Julius Drescher trägt mit Vorliebe grüne Kleidung – und auf seiner Krawatte prächtige Hirschgrandeln. „Jule“, wie er bei Freund und Gegner gerufen wird, ist ein „Grüner“, und das nicht erst, seit Bürgerinitiativen für den Umweltschutz diese Farbe für sich reklamieren. 20 Jahre lang hat er sich im nordrhein-westfälischen Landtag für den Schutz der Landschaft eingesetzt. Äxte und Motorsägen sollten in den Wäldern zwar ernten, nicht aber deren Fläche verringern dürfen.

„Ich habe im Parlament ein brachliegendes Feld beackern können“, sagte er rückblickend. Mit Argusaugen hat er darüber gewacht, daß im zuständigen Fachausschuß, dem er von Anfang an angehörte, über den schwergewichtigen Aufgaben „Ernährung und Landwirtschaft“ nicht die Forsten zu kurz kamen. Dabei hat sich, so Julius Drescher, die wirtschaftliche Bedeutung des Waldes erheblich geändert. „Vor zwei Jahrzehnten hatten wir noch 35 Millionen DM Einnahmen aus den Staatsforsten, heute buchen wir 45 Millionen DM Defizit“, sagte er. Doch der Wert der sozialen Funktion der Wälder in unserem dichtbesiedelten Land sei gar nicht zu ermessen.

Julius Drescher ist Jäger. Besitzer eines kleinen Reviers 15 Kilometer von seiner Heimatstadt Brilon entfernt. Waidmänner haben es gar nicht gern, wenn Spaziergänger unter ihrem Hochsitz herumlaufen. Julius Drescher setzte jedoch mit seinem SPD-Arbeitskreis das Waldbetretungsrecht durch. Alle Wälder mußten dem Bürger geöffnet werden.

Die Liebe zum Wald und zum Wild, die er an seine beiden Söhne weitergab, hat er von seinem Vater geerbt, der in einem Försterhaus geboren worden war, seine Familie aber als Landvermesser ernährte. Julius Drescher wurde von seinem Vater streng katholisch erzogen. Als er aus dem Krieg heimkehrte und, von den Reden Kurt Schumachers beeindruckt, der SPD beitrug, konnte die Familie, in der Zentrum gewählt wurde, es nicht fassen. Aus Julius wurde der „rote Jule“.

Der dickschädelige, aber stets frohe Laune ausstrahlende SPD-Jungpolitiker wurde 1948 in den Gemeinderat gewählt. Acht Jahre später gelang ihm das Kunststück, auch Zentrum, F.D.P. und BHE hinter sich zu bringen. Zwei Jahre lang war er Bürgermeister von Brilon, dann spaltete sich das Zentrum. Das

Am 1. März 1961 ging er wieder an die CDU. 1961 trug er noch einmal für zwei Jahre die Amtskette. SPD und CDU hatten vereinbart, die Amtszeit zu teilen. Im Mai 1980 wird er den Landtag, in dem er auch dem Haupt-, dem Petitions-, dem Jugend-, dem Rechnungsprüfungs- und dem Ausschuß für Wohnungsbau und Städteplanung angehört hat, verlassen.

„20 Jahre sind genug“, sagt Julius Drescher ohne jede Wehmut. „Ich habe es abgelehnt, wieder aufgestellt zu werden. Ich will nicht in den Sielen sterben.“ Mit 60 Jahren sei für Parlamentarier das Alter gekommen, jüngeren Platz zu machen. „Wer am Sessel klebt, muß mit Knieschüssen rechnen. Ich hasse beides.“ Er ist 59 und schon weise.

Dem nächsten Landtag gibt Julius Drescher den Rat, sich wieder auf das Wesentliche zu besinnen. Die Arbeit sei in den letzten zwei Jahrzehnten enorm gewachsen, weil die ausufernde Bürokratie immer mehr Papiere produziere und den Parlamentariern „zuwerfe“. Berge von Drucksachen müßten gelesen werden. Es sei nicht notwendig, jeden nur denkbaren Fall gesetzlich abzudecken. Es genüge, wenn das Parlament den Rahmen stecke, in dem die Regierung mit Einverständnis des Fachausschusses Verordnungen erlasse.

In der Aufblähung des Beamtenapparates sieht Julius Drescher eine große Gefahr für den Bestand der Demokratie, weil die Parlamente die Bürokratie eines Tages nicht mehr im Griff haben könnten. Die Gängelei der Bürger durch die Exekutive müsse verhindert werden. Diese Mahnung eines erfahrenen Abgeordneten sollte von den jüngeren nach der Wahl aufgegriffen werden.

Gerd Goch